

2.3 Die sozial-ökologische Transformation: Varianten des Green New Deal

Abgesehen von einer relevanten Minderheit der Bevölkerung und der politischen Parteien, die Klimawandel bzw. Erderwärmung leugnen, machen alle Parteien Vorschläge, wie die Erderwärmung aufzuhalten ist. In diesem Sinne sind Umwelt- und Klimapolitik allgegenwärtig (Fraser 2022, 76), sind heute alle ein bisschen grün-ökologisch, wenngleich das konkret sehr Unterschiedliches bedeutet. Nicht nur hinsichtlich der Maßnahmen, die ergriffen werden sollen, um die Schadstoffbelastungen zu verringern, sondern auch hinsichtlich der Bedeutung, die die Sicherstellung sozialer Gleichheit bzw. gleichwertiger Lebenschancen dabei spielen. Insofern kommt auch dem Sozialstaat in den verschiedenen politischen Entwürfen eine ganz unterschiedliche Rolle zu.

Nicht immer, aber doch häufig, wird darüber unter der Überschrift »Green New Deal« diskutiert, erst als ein Projekt von mitte-links Gruppen, heute – siehe den Europäischen Grünen Deal – auch als Projekt des politischen Mainstreams (Smith 2021). Dabei wird in aller Regel auf den sog. New Deal Bezug genommen, auf eine Serie tiefgreifender sozialer und politischer Reformen, die in den 1930er Jahren von der Demokratischen Partei in den USA durchgeführt wurden. In der soziologischen Theorie gelten die entsprechenden Veränderungen in der Produktion, der Lebensweise sowie die angesprochenen politischen Veränderungen als Beispiel und Schlüsselmoment bei der Herausbildung eines neuen sog. Akkumulationsregimes (insbesondere Massenproduktion) und einer darauf bezogenen politischen Regulationsweise (insbesondere ein integrativer Klassenkompromiss), die eine längere Phase der Stabilität und des starken wirtschaftlichen Wachstums ermöglichten (Gordon/Edwards/Reich 2004, 9f.).

Die politischen Reformen waren so einschneidend, dass sie das Leben der Menschen und auch das Gesicht des US-Kapitalismus grundlegend veränderten. Es handelte sich um »Reformen von oben«, mit denen ein Teil des US-Establishments auf die Weltwirtschaftskrise, aber auch auf eine Reihe von gesellschaftlichen Kämpfen in den Vereinigten Staaten antworteten. Allerdings wurde diese Politik durch eine breite gesellschaftliche Koalition getragen, zu der neben den Gewerkschaften auch große Teile der Linken gehörten (Lehndorff 2020). Wer heute vom *Green New Deal* redet, will damit fordern oder signalisieren, dass – jetzt mit ökologischen Vorzeichen – eine ebenso tiefgreifende Reform des Kapitalismus notwendig ist. In der Debatte um einen Green New Deal treffen unterschiedliche Anliegen und politische Interessen aufeinander, von denen ich drei für besonders wichtig halte:² Der marktwirtschaftliche, der links-sozialdemokratische und der sozialistische Green New Deal. Dabei handelt es sich um Typen. Parteien, Initiativen oder auch einzelne Personen können auch Mischungen vertreten.

2 Die folgende Übersicht basiert auf Beiträgen von Klaus Dörre (2022), Naomi Klein (2016), Michael Löwy (2016), Bernd Riexinger (2020), Tone Smith (2021), Udo Simonis (2020) und Christian Zeller (2021).

Der marktorientierte Green New Deal

Der marktwirtschaftliche Green New Deal: Green New Deal kann erstens bedeuten, dass ein neues Wachstumsmodell für den Kapitalismus gefunden werden soll, jetzt eben ökologisch nachhaltig. Die grundlegenden Eigenschaften der heutigen Gesellschaft werden nicht hinterfragt. Es geht darum einen grünen Kapitalismus zu schaffen (Deppe 2021 284), »dessen innerste Natur der Prozess der Akkumulation von Kapital, Extension und Expansion, Wachstum und Grenzüberschreitungen ohne Maß und innere Selbstbegrenzung ist.« (Rilling 2011) Die Klimaziele sollen erreicht werden, indem Energieerzeugung, Produktionsverfahren, Verkehrsweisen und auch der Massenkonsum neugestaltet werden – und zwar so, dass eine neue wirtschaftliche Prosperität einsetzen kann. Ein zukunftsfähiger Kapitalismus ist aus dieser Perspektive eben einer, der ökologisch auf Vordermann gebracht wird (Exner 2012, 55). Die Maxime heißt: Wirtschaftswachstum nicht trotz des Klimaschutzes, sondern aufgrund des Klimaschutzes, Verhinderung der Klimakatastrophe durch einen boomenden Kapitalismus. Unter anderem soll das so sein, weil neue Wachstumsmärkte für »grüne Produkte« entstehen. »Ökologie als Jungbrunnen der Ökonomie«, so heißt es in einem älteren Beitrag aus der Heinrich-Böll-Stiftung, die Bündnis 90/Die Grünen nahesteht (Fücks/Steenbock 2007, 1).

Konflikte mit den großen fossilen Monopolen können von Teilen dieser Reformbewegung mitgedacht werden, aber eher als »erzieherische Konflikte«, durch die die Konzerne zu ihrem neuen Glück gezwungen werden sollen (man könnte hier von einer ökologischen Konfliktpartnerschaft von Kapital und Staat sprechen). Grundlegende politische Konflikte jedenfalls sind kein Teil dieser Reformstrategie. Dafür stehen technologische Lösungen und der Markttausch (Schadstoffe werden bepreist, und weil sie jetzt zum Kostenfaktor werden, beginnen Unternehmen und Konsumenten sparsamer zu sein usw. – das ist sowohl die Logik hinter dem Emissionshandel wie auch hinter der CO₂-Steuer) im Mittelpunkt (Riexinger 2020, 23). Der Grundgedanke ist verlockend einfach: Wenn Schadstoffbelastungen mit einem hohen Preis verbunden werden, dann werden Unternehmen und Konsument*innen ihr Verhalten ändern (Brand/Wissen 2017, 149–150). Unternehmen werden u.a. in Technologien investieren, um energieeffizientere Produktions- und Arbeitsverfahren zu entwickeln und schadstoffarme Produkte auf den Markt zu bringen. Die Bepreisung von Schadstoffen wird als ökologischer »technologischer Rationalisierungstreiber« betrachtet. Verbraucher*innen werden in ähnlicher Weise ihr Verhalten ändern, sie werden im Verbrauch ökologisch bewusster handeln (weil ökologisch unbewusstes Handeln eben für sie teurer werden soll) und die neue grüne Produktpalette kaufen. Der marktwirtschaftliche Green New Deal verspricht einen Wandel in Stabilität. Unternehmen, auch die ganz großen, werden als Partner*innen verstanden, mit denen man streiten mag, mit denen gemeinsam man aber diese »große Transformation« gestalten will. Politiken der Wirtschaftssteuerung spielen praktisch keine Rolle. Befürworter*innen dieser Spielart des Green New Deal können mehr oder weniger (oder auch gar kein) Interesse für die soziale Seite der grünen Kapitalismusreform mitbringen, insofern können Politiken der Absicherung (etwa Transfergelder, die die Belastung durch Energiesteuern abmildern sollen) bzw. sozialpolitische Versprechungen durchaus Teil des marktwirtschaftlichen Green New Deal sein.

Linke Varianten des Green New Deal

Der links-sozialdemokratische Green New Deal: Green New Deal kann zweitens ein politischer Entwurf für die Zukunft sein, in dem der Kampf gegen die Zerstörung der ökologischen Existenzgrundlagen gleichzeitig mit dem Kampf für mehr Demokratie, für soziale Sicherheit und soziale Gleichheit verbunden wird. Der Green New Deal ist in dieser Variante eine umfassende Reformalternative innerhalb des Kapitalismus, die aber gegen kapitalistische Eliten durchgesetzt werden muss. Auch Vertreter*innen dieser Spielart setzen sich für neue Technologien ein, auch die Bepreisung von Schadstoffen wird nicht unbedingt abgelehnt. Sie machen aber hier nicht halt, vielmehr wird der Green New Deal als ein umfassenderer Umbau der Gesellschaft verstanden. Der Aus- und Umbau des Sozialstaates spielt dabei eine ganz wesentliche Rolle, etwa weil der ökologische Umbau der Wirtschaft sozialstaatlich so flankiert werden soll, dass soziale Ungleichheit und Unsicherheit nicht zunehmen, oder weil durch die Ausweitung des Öffentlichen Dienstes neue grüne Jobs geschaffen werden sollen. Nicht nur Politiken der Absicherung, sondern auch der Bildung, der Produktion und der Wirtschaftssteuerung sind Teil dieses Projektes.

Dieser Teil der Reformbewegung meint, dass Klimaschutzpolitik zumindest teilweise gegen den Markt und gegen das Kapital gemacht werden muss, weil beide (Kapital existiert lediglich aufgrund des Markttauschs) als grundsätzliche Hindernisse auf dem Weg zu einer nachhaltigen Gesellschaft betrachtet werden. Weil es ein einflussreiches fossiles Kapital gibt, das Widerstand leistet. Weil der grundlegende Wachstumszwang überhaupt keine ökologisch nachhaltige Wirtschaft möglich macht. Weil Unternehmen von sich aus kein Geld in ökologische Innovationen stecken, wenn diese nicht zu mehr Profit führen. Grünes Wachstum verlangt deshalb auch nach einem aktiven Staat, der der Zerstörungskraft des Kapitals Grenzen setzt und neue Wachstumsimpulse gibt. Und das auf verschiedenen Ebenen: Die Umverteilung des gesellschaftlichen Reichtums, staatliche Investitionen in Forschung und Entwicklung oder die staatliche Steuerung der grünen Transformation der Energieerzeugung, der Produktionsverfahren, der Verkehrsweisen und auch des Massenkonsums ist zentral. Politik gegen Unternehmen und Markt – aber mit der Perspektive, einen ökologisch nachhaltigeren, demokratischeren und sozialeren Entwicklungspfad des Kapitalismus einzuschlagen.

Der ökosozialistische Green New Deal: Green New Deal kann drittens ein ausgesprochen sozialistisches Projekt sein, das im Hier und Jetzt beginnt, aber die Veränderung der wirtschaftlichen Eigentumsverhältnisse anstrebt. Ökosozialismus in diesem Sinne ist nicht neu, sondern ist bereits in den späten 1970er Jahren als Ideenrichtung entstanden. Dennoch ist er innerhalb der gesellschaftlichen Linken immer noch kontrovers, weil er mit produktivistischen Traditionen sowohl der Sozialdemokratie als auch der sozialistischen Bewegung kollidiert. Wie Raymond Williams bereits in den frühen 1980er Jahren unterstrich, waren für die Linke Not, Armut und Ungleichheit lange das zentrale Problem, das man durch Steigerung der Produktion bekämpfen wollte (Williams 1989, 213–214) – ohne große Rücksicht auf die Natur. Ein größerer Kuchen sollte gebacken werden, dessen Stücke anders verteilt werden sollten.

Mit Hilfe eines linken Green New Deals ginge es nun aber darum einen grünen Sozialismus zu erschaffen (Rilling 2011). Denn nur so sei die starke Reduzierung der Schad-

stoffbelastung möglich, die hohe Erderwärmung zu verhindern und dies alles auf eine Art und Weise zu gestalten, in der abhängig Beschäftigte nicht abgehängt werden. Der Einwand gegen die Strategie, durch einen grünen Kapitalismus die Klimakrise zu lösen, ist einfach: Soll die kapitalistische Wirtschaftsordnung fortgeführt werden, dann geht das nur mit Wachstumsraten, die einfach nicht auf klimaneutrale Art und Weise zu erreichen sind – insbesondere dann, wenn man in Rechnung stellt, dass eine Vielzahl von heute gängigen Waren so hergestellt werden, dass sie nicht lange halten. Demnach ist es eben »[...] die inhärente Struktur dieser Gesellschaftsordnung [...] selbst«, die die Weltgesellschaft an den Rand des ökologischen Kollapses geführt hat (Engert 2010, 101–102; Exner 2012, 54).

Auch beim sozialistischen Green New Deal spielen die Ausweitung und der Ausbau des Sozialstaates eine wichtige Rolle. Deutlich stärker als in der linkssozialdemokratischen Variante sollen im Rahmen des ökosozialistischen New Deal Angehörige der subalternen Klassen zu Handelnden gemacht werden. Zum grundlegenden Umbau und zum Aus- und Umbau des Sozialstaates gehört deshalb auch die Demokratisierung der Wirtschaft (angeknüpft wird dabei i.d.R. an ältere Debatten über Wirtschaftsdemokratie), durch die Arbeiter*innen und Angestellte selbst zu Akteuren des Green New Deal werden. Demokratische Wirtschaftssteuerung ist insofern von herausragender Bedeutung, also Wirtschaftslenkung, die sowohl durch den Staat als auch durch die Bevölkerung, Belegschaften usw. beeinflusst wird.

»Ein grüner Sozialismus stellt das Öffentliche in den Mittelpunkt, rekommunalisiert zentrale Infrastrukturen und garantiert demokratische Entscheidungen über den Umbau von Produktions- und Konsumweise.« (Candeias 2012, 9–10)

Es lässt sich dabei eine linksreformistische von einer revolutionären Spielart des Grünen Sozialismus unterscheiden. Revolutionäre Ökosozialist*innen betonen, der unmittelbare Bruch mit der kapitalistischen Produktionsweise sei notwendig, deshalb umfassen ihre Vorschläge in der Regel verschiedene Bausteine der staatlichen Rahmenplanung und demokratischen Vergesellschaftung der Wirtschaft (Bellamy Foster/Clark/York 2011, 414f.; Zeller 2020, 71f.). Ein geläufiger Einwand gegen diesen Ökosozialismus lautet, dass die heutigen gesellschaftlichen Kräfteverhältnisse diese Politik nicht im Ansatz zulassen. (Links-)Reformistische Ökosozialist*innen hingegen teilen zwar das Ziel einer demokratisch geplanten Wirtschaft, schlagen aber Reformen und Schritte vor, die den Weg dorthin geöffnet halten, aber unter den heutigen gesellschaftlichen Kräfteverhältnissen bereits machbar sind – Einstiegsprojekte, »[...] die im Kapitalismus zeigen, was eine sozialistische Art ist, die Probleme zu lösen.« (Spehr 2012, 52)

Sozialstaatsabhängigkeit der ökologischen Transformation

Die marktwirtschaftliche und linkssozialdemokratische Variante des Green New Deals haben gemeinsam, dass sie ein neues, ein nachhaltiges Wachstumsmodell auch innerhalb des Kapitalismus für möglich halten und anregen wollen, wenn auch auf völlig unterschiedliche Art und Weise. Beide Richtungen sind der Meinung, dass die heutige Gesellschaft sich verändern muss, beide halten eine nachhaltige ökologische Zukunft aber auch dann für möglich, wenn die kapitalistische Produktionsweise weiterhin Wirtschaft

und Gesellschaft dominiert. Über das Wie dagegen besteht grundlegende Uneinigkeit zwischen den Anhänger*innen beider Optionen – die Meinungsverschiedenheiten drehen sich nicht zuletzt um die Frage, in welchem Ausmaß eine ökologische Transformation mit dem Markt, also in Kooperation mit dem Kapital geschehen kann und muss. Die Gemeinsamkeit der linkssozialdemokratischen und sozialistischen Spielarten des New Deal liegt in der strategischen Annahme, dass ökologische Politik gegen Markt und Unternehmen gemacht werden muss. Ganz im Sinne sozialistischer Wohlfahrtsstaatspolitik (siehe Kap. 2.2) soll ein linker Green New Deal nicht in erster Linie eine Politik mit, sondern gegen das Kapital sein – und auch nicht-profitwirtschaftliche Formen des Wirtschaftens stärken, beispielsweise durch die Ausweitung des Öffentlichen Dienstes.

Der Sozialstaat spielt in allen Projekten eine Rolle, allerdings sehr unterschiedliche. Im marktwirtschaftlichen Green New Deal geht es – wenn, dann – maximal um Politiken der Absicherung und der Bildung. Es handelt sich um eine Politik mit dem und für den Markt, dem auch die Sozialstaatspolitik dienen soll – den ökologischen Umbau systematisch mit dem Versuch zu verbinden, soziale Ungleichheit abzubauen, Solidarität zwischen den abhängig Beschäftigten zu fördern, soziale Unsicherheit zu verringern und die Macht der Lohnabhängigen zu stärken (siehe Kap. 2.2.3.4), ist allen denkbaren Typen des marktwirtschaftlichen Green New Deal fremd. Das liegt nicht zuletzt daran, dass zwar von einem Teil der marktwirtschaftliche New Dealer eingestanden wird, dass die Milderung der sozialen Härten und Desintegrationspotenziale der heutigen Gesellschaft sozialpolitisch gemildert werden müsste, um Transformationsbereitschaft zu erzeugen; aber eine alternative und kohärente wirtschafts- und damit auch staatspolitische Alternative zur Angebotsorientierung geht damit eigentlich nicht einher. Von einer neo- oder postkeynesianischen Wende jedenfalls kann auch bei Vertreter*innen dieses Konzeptes bei der SPD und bei den Grünen nicht die Rede sein.

Ganz anders die linken Varianten. Im linkssozialdemokratischen und im sozialistischen Green New Deal spielen neben den Politiken der Absicherung und der Bildung/Erziehung die Politiken der Produktion, der Infrastruktur/Teilhabe und der Wirtschaftssteuerung eine zentrale Rolle. Die linkssozialdemokratische und sozialistische Variante des Green New Deal verbindet, dass sie großzügige Sozialstaatsreformen umfassen, die gleichzeitig Schutzschilde für die vom ökologischen Umbau betroffenen Menschen, als auch Ermöglicher dieses Umbaus sein sollen: Schutzschilde, weil soziale Deklassierungs- und damit soziale Ausgrenzungsprozesse so vermieden werden sollen: Ermöglicher, weil dieser Schutz die Bereitschaft möglichst vieler erhöhen soll, den wirtschaftlich-ökologischen Strukturwandel zu unterstützen. Gängige Reformvorschläge zielen beispielsweise darauf ab die Ware Arbeitskraft – auch – im ökologischen Umbauprozess weitgehend zu dekommodifizieren, etwa indem Beschäftigungsgarantien und umfangreiche Umschulungs- und Weiterbildungsgesellschaften vorgeschlagen werden. Darüber hinaus sollen durch aktive Wirtschafts- und Industriepolitik neue Beschäftigungssektoren geschaffen, durch eine umverteilende Steuerpolitik auch aktiv soziale Ungleichheiten abgebaut werden. Durch Politiken der Wirtschaftssteuerung soll darüber hinaus – insbesondere in den Varianten des ökosozialistischen Green New Deal – ein direkter Einfluss auf den kapitalistischen Akkumulationsprozess genommen

werden, um gleichzeitig effektiv Klimaschutz »an der wirtschaftlichen Basis« betreiben und dies unter Beteiligung der Interessen der abhängig Beschäftigten tun zu können. In diesem Sinne fußen alle Varianten eines linken Green New Deal auf starke und expansive Sozialstaatsprojekte und die Vision eines aktiven Staates.

Aber: Vorschläge der wirtschaftlichen Demokratisierung würden nicht nur die Macht der Beschäftigten und Konsument*innen gegenüber den Unternehmen stärken, sie würden faktisch auch den Staat transformieren, weil die bisherige parlamentarische Demokratie vertieft und ausgeweitet würde durch neue Formen der direkten Demokratie, durch die die institutionelle Arbeiter*innenmacht enorm ausgeweitet würde. Die Meinungsverschiedenheiten zwischen linkssozialdemokratischen und ökosozialistischen New Dealer*innen drehen sich u.a. um die Reichweite dieses Demokratisierungsprozesses und die Frage, wie viel »Politik gegen das Kapital« möglich und nötig ist.

2.4 Die Rolle politischer Projekte

Diese Neugestaltung des Sozialstaates bzw. des linken Green New Deal ist davon abhängig, welchen politischen Projekten es gelingt tragfähige und mehrheitsfähige Klassenbündnisse bzw. Sozialstaatskoalitionen aufzubauen. Im Folgenden werde ich deshalb zunächst in aller Kürze diskutieren, was politische Projekte sind und was sie tun. Anschließend werde ich die politischen Projekte und ihre Sozialstaatspolitiken vorstellen, die die Entwicklung der prekären Zweidrittelgesellschaft geprägt haben, also das liberal-konservative und das marktsozialdemokratische Projekt, bzw. heute politisch miteinander ringen (Kap. 3), also das sozialliberal-ökologische, das antiökologisch-nationalradikale und das links-ökologische Projekt. Dabei werde ich die wesentlichen von ihnen durchgesetzten sozialstaatlichen Reformen (bzw. Ziele) skizzenhaft darstellen, von denen ich meine, dass sie die gesellschaftliche Entwicklung geprägt haben.

Politische Projekte und ihre Basis

Mit politischen Projekten meine ich nicht einfach Zusammenschlüsse von Parteien, wie z.B. die »rot-grüne Koalition«, die am Ende der 1990er Jahre die Kohl-Regierung aus FDP und Unionsparteien herausforderte und schließlich ablöste. Parteien gehören natürlich dazu. In einem weiteren Sinne handelt es sich bei solchen Projekten um »Strömungsnetzwerke« aus Parteien, Interessenorganisationen (wie z.B. die Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände), NGOs und Stiftungen (wie z.B. die bereits erwähnte Stiftung Neue soziale Marktwirtschaft), kleineren politischen Zusammenhängen und intellektuellen Zusammenschlüssen und Medien (wie z.B. die rechtsradikale Zeitschrift Sezession oder Die Zeit). In diesen Strömungsnetzwerken wird um politische Reformen und Inhalte, aber auch um Strategien gerungen. Man darf sie sich nicht harmonisch vorstellen. Jedes politische Projekt buchstabiert grundlegende Antworten auf die Fragen der Zeit aus. Diese grundlegenden Antworten bezeichne ich im Weiteren als Entwicklungsmodelle (Ingrao/Rossanda 1995, 112).